



Föderative Republik Europa

Die EU oszilliert zwischen Imperialismus und Nationalismus. In der aktuellen Griechenlandkrise hat sich drastisch gezeigt, dass demokratische Willensbekundungen arrogant übergangen und diffamiert werden. Ökonomisch wohlbegründete Vorschläge hatten keine Chance. Die wirtschaftlich stärkste Macht Europas setzt sich auch politisch durch und will andere Staaten instrumentalisieren. Deutschland ist freilich weit von einer Position als Hegemon entfernt, die europäischen Eliten sind ohne Visionen, und die vorhandenen Widersprüche türmen sich immer wieder zu grossen Krisen auf. Allerdings ist auch die radikale Linke limitiert und bedarf dringend eines neuen Schubs, mit dem die vornehmlich nationale Orientierung abgestreift und ein europäischer Transformationsprozess initiiert werden kann.

Gegen die grassierende Renationalisierung oder die allfälligen, zukünftigen Vereinigten Staaten von Europa steht der Vorschlag einer Föderativen Republik Europa. Damit soll an das Erbe der Pariser Kommune von 1871, an Asturien 1934, an die Rätebewegung oder an linkssozialistische Bestrebungen im Zweiten Weltkrieg (Spinelli/Rossi) angeknüpft werden. Eine blosser Fortschreibung dieser transformativen Ansätze führt jedoch zu grossen Problemen, denn die Ausgestaltung der neueren Phasen im Kapitalismus, Fordismus und Neoliberalismus stehen einem einfachen Brückenschlag im Weg. Europa befindet sich heute dennoch an einem Scheideweg: Entweder wird das Projekt EU als Global Player in autoritärer und imperialer Richtung verschärft (vgl. Deppe), oder es kommt zu grundlegenden Veränderungen, die von den vielfältigen sozialen Bewegungen im europäischen Raum vorangetrieben werden.

Historische Entwicklungen

Der Begriff der Republik leitet sich vom Lateinischen *Res publica* ab. Damit ist die öffentliche Sache, der Staat oder das Gemeinwesen gemeint. Republik versteht sich grundsätzlich als Gegenbegriff zu Monarchie und Despotie. Die begriffliche Bestimmung benötigt aber eine Einbettung in politische und sozio-ökonomische Zusammenhänge. Es nützt daher wenig, wenn auf die griechischen Philosophen oder auf die römi-

sche Republik bis zum Machtverzicht des Senats kurz vor der neuen Zeitrechnung rekurriert wird. Interessanter wird es, wenn vom

Roland Herzog

ist Ökonom und Soziologe sowie ehemaliger Unia-Sektionsleiter in Bern.



europäischen Kommunalismus (vgl. Blickle) der frühen Neuzeit einer vorwiegend bäuerlichen Bevölkerung mit klarer Trennung zwischen Stadt und Land ausgegangen wird. Damals stand die »moral economy« (Thompson) im Zentrum, garantierte – immer auch prekäre – Minimalversorgung und Subsistenz war wichtiger als Märkte. Republiken gingen dabei aus dem popularem Widerstand hervor. Bis zum 16. Jahrhundert entwickelten sich diese an den Randzonen der Staatenbildung, im nächsten Jahrhundert dagegen in direkter Auseinandersetzung mit der Staatsgewalt (vgl. Reinhard). In der Folge kam es in diesen Republiken zu einer mehr oder weniger starken Oligarchisierung, so dass der Wegfall des souveränen Oberherrn durch eine teilweise recht komplexe, mehr oder weniger abgehobene politische Organisation ersetzt wurde (stärker in Venedig, weniger in der Republik der Niederlande oder in Graubünden). Das »gemeine« Volk konnte in diesen Republiken indessen nie vollständig übergangen werden. Nach dem Wiener Kongress war Europa – mit Ausnahme der schweizerischen Eidgenossenschaft – vollständig monarchisch verfasst. Es verblieb mithin lediglich eine Republik, zunächst ein Staatenbund, der mit der Verfassung von 1848 zum Bundesstaat mutierte (vgl. Holenstein).

Die französische Revolution hatte einige Jahrzehnte zuvor den modernen Staat initiiert. Die Macht der Gemeinden nahm überall in Europa ab, auch die privilegierten Mitglieder der Bürgergemeinden wurden nun individualisiert zu Staatsbürgern. Die Partizipation mittels Wahl- und Stimmrecht erhielt jedoch nur ganz langsam eine Verallgemeinerung, vor allem die Frauen mussten teilweise sehr lange auf eine Teilhabe am Staat warten. Die effektive Gleichberechtigung von Männern und Frauen steht weiterhin an, und vielfältige Diskriminierungen von Frauen (aber auch von Minderheiten und MigrantInnen) bleiben virulent.

Im 19. Jahrhundert setzte die aufstrebende Arbeiterbewegung, neben der Abschaffung von Unterdrückung und Ausbeutung, den Kampf für die Demokratie an die oberste Stelle. Im Kommunistischen Manifest von 1848 heisst es, »dass der erste Schritt in der Arbeiterrevolution die Erhebung des Proletariats zur herrschenden Klasse, die Erkämpfung der Demokratie ist« (MEW 4, S. 481). In der Pariser Kommune, in der das Frauenwahl- und -stimmrecht sofort eingeräumt wurde, verwirklichte sich nach Marx eine neue, »endlich entdeckte politische Form, unter der die ökonomische Befreiung der Arbeit sich vollziehen konnte« (MEW 17, S. 342). Die Pariser Kommune dauerte jedoch lediglich vom 18. März bis zum 28. Mai 1871. Am 28. Mai feuerten die Kommunarden den letzten Kanonenschuss ab, die Versailler Truppen hatten gesiegt, die Kom-



mune hatte mehr als 30'000 Tote und über 9000 Eingekerkerte oder Verbannte zu beklagen (vgl. Grams). Zu einer politischen Verbreitung der Räteidee kam es erst wieder nach der Jahrhundertwende. Die dabei ausgelösten neuen Experimente am Ende des Ersten Weltkrieges scheiterten zwar allesamt, doch die kurzzeitige Macht der Sowjets in Russland, die Räterepubliken Baiern oder Ungarn und vor allem das herausragende Biennio rosso von 1918/19 in Norditalien bestimmten die radikalen politischen Diskussionen längerfristig. Der etwas weniger bekannte revolutionäre Aufstand in Asturien brach wegen Waffenmangels ebenfalls in nur 20 Tagen zusammen.

Bezüglich der Herrschaft und Despotie in den Fabriken setzte die Arbeiterbewegung auf die Verkürzung des Arbeitstages und auf Lohnanhebungen. Der Achtstundentag war das Ziel, und die Löhne sollten die Existenz sichern. Auf der theoretischen Ebene wird dies mit dem Übergang von der formellen zur reellen Subsumtion (Marx 2009) gefasst. Die Auspressung von zusätzlichem Mehrwert wird nicht mehr nur über die Ausdehnung der Arbeitszeit, sondern vornehmlich über die Revolutionierung der Arbeitsprozesse organisiert (vom damaligen Fließband bis zu heutigen roboterisierten Ketten oder vollautomatischen Abläufen). Der Achtstundentag wurde nach dem Ersten Weltkrieg in verschiedenen Staaten akzeptiert, und bei der sozialen Sicherung kam es zu einigen Fortschritten. Vorstellungen von betrieblicher Selbstverwaltung beziehungsweise Demokratie in der Wirtschaft erhielten in der Arbeiterbewegung mehr Aufmerksamkeit, ohne jedoch mehrheitsfähig zu werden. Markante Lohnerhöhungen stellten sich hingegen in der Phase des Fordismus nach dem Zweiten Weltkrieg ein, in der auch der Wohlfahrtsstaat deutlich ausgebaut wurde.

Die Epoche des Fordismus als Prosperitätskonstellation (Lutz) von steigender Massenproduktion mit entsprechendem Lohnanstieg und Massenkonsum sowie staatlicher, keynesianischer Globalsteuerung dauerte bis zu Beginn der 1970er Jahre. Dann folgte als Angriff gegen die wachsende Stärke der Industriearbeiterschaft – aber auch angesichts der Widersprüche im Fordismus selber (Überakkumulation, sinkende Profitraten, Stagflation) – der Aufstieg des Neoliberalismus. Einher ging dieser mit dem Abbau und der teilweiser Zerstörung des Wohlfahrtsstaates sowie der Propagierung eines radikalen Marktfundamentalismus. Die Profite stiegen wieder an, die Verteilung gestaltete sich dagegen immer ungleicher.

Das Kapital organisiert – global gesehen – die Aneignung von absolutem und relativem Mehrwert (Marx 2009) sowie die Akkumulation der Enteignung (Harvey 2003). Zum bestimmenden Moment schwang



sich das flottierende Geldkapital der privaten und institutionellen Anleger auf. Der finanzialisierte Kapitalismus bildete sich heraus, der jedoch wegen inhärenter Krisentendenzen eher instabil und fortwährend von spekulativer Blasenbildung beeinträchtigt ist.

Staat und Nation

Auf dieser Grundlage muss genauer auf den Staat eingegangen werden. Der Staat kann nicht im Rahmen eines simplen Basis-Überbauschemas oder als Instrument einer herrschenden Klasse verstanden werden. Er lässt sich aber auch nicht einfach aus dem Kapitalverhältnis ableiten. Eine materialistische Staatstheorie muss ihn vielmehr als komplexes soziales Verhältnis verstehen, das ein Ausdruck antagonistischer und widersprüchlicher Vergesellschaftungsverhältnisse ist, zudem nicht unmittelbar durchschaubar, folglich mit Marx »fetischisiert« und historisch kontingent ist (Hirsch 2005, S. 15 f.). Ausgangslage ist die spezifische Trennung von politischer Sphäre und privater Warenproduktion. Weder diese noch die Märkte allgemein funktionieren ohne staatliche Garantierung und Regulierung. Mit den Worten von Jessop bedeutet dies, dass »der Staat für das Kapital agiert, ohne seinem direkten Kommando zu unterstehen« (Jessop, S. 96). Der Staat beansprucht gemäss Weber (1919, S. 4) »das Monopol legitimer physischer Gewaltsamkeit«. Diese Bestimmung genügt aber keineswegs; Gramsci fügte hinzu: Staat »heisst Hegemonie gepanzert mit Zwang« (Heft 6, §88, S. 783). Es muss also neben der Gewalt und dem Zwang darum gehen, auch Zustimmung und Konsens zu organisieren. Einen weiteren Schritt formulierte Poulantzas (1978), indem er den Staat als materielle Verdichtung gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse charakterisierte. Als Leerstelle verblieb allerdings noch der unabdingbare Einbezug der Geschlechterverhältnisse. In Anlehnung an Butler und Foucault wird der Staat zu einer Arena für die Austragung von Geschlechterkonflikten, in der eine Formierung und Institutionalisierung der Geschlechterverhältnisse stattfindet (Löffler 2011).

Dieser heutige neogramscianische und materialistische Ansatz verweist auf komplexe gesellschaftliche Strukturen, auf ein durchaus widersprüchliches Ensemble von sozialen Verhältnissen, die aber nicht nur analysiert, sondern im Rahmen einer Transformation verändert werden können – ungeachtet dessen, ob dabei von einem »radikalen Reformismus« (Hirsch) oder von »entscheidenden Reformen« (Roth/Papadimitriou, vgl. auch Glossar) gesprochen wird.

Was aber noch fehlt, ist die Beziehung zur Nation. Nationenbildung ist ein Projekt von Eliten. Konstruiert werden Abgrenzungen gegenüber anderen Konstellationen, und gleichzeitig soll die Identitätsstiftung im



eigenen Bereich konsolidiert werden. Kultur- oder Willensnation sind dagegen untaugliche Konzepte. Vielmehr geht es um die Steigerung von Staatlichkeit und Staatsgewalt (vgl. Reinhard). Trotz der Faktizität der Multinationalität aller Nationalstaaten bildet eine staatliche, jedoch ebenfalls stratifizierte Grossgruppe die Staatsnation, um sich gegen Minderheiten zu behaupten und Ausgrenzungen vorzunehmen (als erste und wichtigste die organisierten Arbeiter). Insofern will der Nationalismus klassenübergreifende Sinnstiftung aufzwingen, um damit die Nation oder das ›Volk‹ als imaginiertes, einheitliches Konstrukt zu mobilisieren (vgl. auch Anderson). Dies geschieht im Krieg, in Formen von Kritik und Abgrenzung, beispielsweise gegen die angeblich masslosen Ansprüche der ArbeiterInnenbewegung, gegen die ›faulen‹ Griechen oder die ›korrupten‹ Italiener, aber eben auch gegen Minderheiten (schrullige Bergler), Zugewanderte (Jugos), AsylbewerberInnen oder sonstwie konnotierte Gruppen innerhalb des Staatsgebietes. Diesen werden Rechte vorenthalten, sie werden diskriminiert, schikaniert, häufig gezielt überwacht und nicht zuletzt auch verfolgt. Mit dem konstruierten, mithin fiktiven, aber wirkungsmächtigen Nationalismus wird meist ein repressiver und rückschrittlicher Konsens angestrebt, soziale Exklusion legitimiert, Frustration kanalisiert, Hass geschürt und häufig wird auch der latente Konformismus der Individuen extensiv beansprucht (Pauen/Welzer). Linksnationalistische Strömungen und Bestrebungen sind häufig ebenfalls mit heftigen Gegensätzen und Konflikten behaftet. Dennoch sind manchmal gewichtige Anknüpfungspunkte zu finden. Dies gilt insbesondere für Entwicklungen in Lateinamerika mit neuen Garantien für die Gemeinschaften der indigenen Völker, dem Recht auf ein gutes Leben (vgl. Acosta) oder den Vorschlägen für einen Sozialismus des 21. Jahrhunderts.

EU und Vereinigte Staaten von Europa

Mit den wirtschaftlichen Verflechtungen und der globalen Akkumulation stellen sich vielfältige neue Probleme nationaler und transnationaler Regulation. Das fragile Gebilde EU ist eingebettet, aber auch bestimmend in Europa als postnationalem Raum (Vobruba). Die Nationalstaaten sind nicht verschwunden, die regionale Vielfalt sowie die davon geprägten Differenzen und Autonomievorstellungen haben weiterhin eine hervorstechende Bedeutung, in verschiedenen Nationalstaaten sind diese sogar hoch konfliktiv. Diese europäische Heterogenität ist jedoch durchaus akzeptierbar und bereichernd. Sie sollte also keineswegs eingeebnet oder unterdrückt werden.

Regionale oder nationale Krisen geben häufig auch Anlass zu Refor-



men. Wegen der Griechenlandkrise scheint es im Euroraum nun zu einer spezifischen Ausdehnung wirtschaftlicher Instrumente zu kommen. Angedacht sei eine eigentliche »Wirtschaftsregierung für die Währungsunion« (Flütsch, gemäss Spiegel).

Längerfristig könnte es zu den Vereinigten Staaten von Europa kommen. Dieser Begriff geht auf das 19. Jahrhundert zurück und erhielt in den 1920er Jahren einen erneuten Aufschwung. Nach dem Zweiten Weltkrieg rief Churchill in Zürich zu diesem Gebilde auf, bezeichnenderweise jedoch ohne Grossbritannien, und im schweizerischen Herntenstein tagten die europäischen Föderalisten, die in ihren zwölf Thesen eine europäische Gemeinschaft beziehungsweise eine europäische Union postulierten.

1951 gründeten sechs europäische Staaten die Europäischen Gemeinschaften. Die nur zögerlich vorankommenden Kooperationsbestrebungen gewannen erst mit dem Delors-Bericht (1989) an Fahrt. Eine europäische Union nahm Konturen an und wurde mit dem Vertrag von Maastricht 1992 formell gegründet (zur europäischen Geschichte seit 1989 vgl. Wirsching). Faktisch handelte es sich jedoch um einen heterogenen Wirtschaftsraum mit höchst unterschiedlich ausgestatteten Staaten. Darüber sollte in der Folge eine Verfassung und eine einheitliche Währung gestülpt werden. Erstere scheiterte grandios, und die Widersprüche beim Euro und den Konvergenzkriterien zeigten sich immer wieder in aller Schärfe.

Die europäischen Eliten hofften, mit der Einführung des Euros würde sich, gleichsam automatisch, eine stärkere Integration dieses Wirtschaftsraumes mit viel tieferen Transaktionskosten ergeben. Übersehen wurden jedoch zwei grundlegende Elemente: die Anforderungen an einen optimalen Währungsraum (vgl. dazu grundsätzlich Mundell) und die Tatsache, dass der Euro als unvollständige Währung (Aglietta) konstruiert worden ist. Ein optimaler Währungsraum würde einen stark integrierten Aussenhandel sowie hohe Faktormobilität verlangen; der Euro ist so lange unvollständig, wie die einzelnen Nationalstaaten mit ihrer Steuerhoheit Priorität geniessen, mithin keine Fiskalunion besteht. Hinzu kommen das ausgeprägte Demokratiedefizit und die sehr unterschiedlichen nationalen Interessen. Bei diesen fiel besonders ins Gewicht, dass Deutschland eine neomerkantilistische Politik verfolgte, die im ersten Jahrzehnt des neuen Jahrhunderts mit Reallohnsenkungen und einer tiefen Inflation gekoppelt wurde. Diese Politik führte zur Zunahme von Ungleichgewichten in den jeweiligen Leistungsbilanzen, verschärfte bestehende Unterschiede bei der Wettbewerbsfähigkeit, erhöhte die ökonomischen Instabilitäten und brachte übermässigen An-



passungsdruck für die schwächeren Staaten. In der grossen Krise seit 2007, die in Europa vorwiegend mit dem gefährlichen Dogma einer Austeritätspolitik (grundlegend dazu Blyth) bekämpft wurde, akzentuierten sich diese Widersprüche. Viele Banken wurden auf höchst komfortable Art und Weise durch öffentliche Gelder gerettet, so dass die staatlichen Verschuldungen massiv anstiegen, die wiederum mittels Sparbudgets reduziert werden sollen – faktisch aber erhöht sich die Verschuldung weiter. Die Kosten der Krise wurden auf die Arbeitnehmenden abgewälzt, und vor allem die südeuropäischen Länder befinden sich in beinahe ausgeweglosen Situationen mit unglaublichen Lohnsenkungen und riesigen Arbeitslosenzahlen, ständigen Sparrunden, die einen Abbau bei der sozialen Sicherheit, bei der Gesundheitsversorgung und bei der Ausbildung zur Folge haben. Am stärksten getroffen wurden Spanien und Griechenland. In Nordeuropa hingegen ist nach einem ersten Wirtschaftseinbruch viel weniger von dieser Krise zu verspüren, obwohl auch hier Prekarisierung und Verarmung ausserordentlich zugenommen haben.

Entscheidend ist also, dass – im Gegensatz etwa zu den USA oder China – in Europa aus institutionellen Gründen wegen der Probleme mit dem Euro und wegen des blinden, neoliberalen Eifers für Austerität eine Krisenverlängerung mit teilweise katastrophalen Folgen in Kauf genommen wurde. Europa befindet sich damit in einer Schwächephase und hängt stark von der Politik der europäischen Zentralbank ab, die wohl eine sehr expansive Geldpolitik verfolgen, aber damit bei Weitem nicht alle Probleme lösen kann. Neben der Bankenaufsicht und der Bankenunion sowie Strategien zur Abwicklung von systemrelevanten Banken fehlt es in Europa an der Budget- und Transferunion sowie an einer gezielten, regional ausgewogenen und zukunftsgerichteten Investitionsstrategie. Zu befürchten ist überdies, dass das Quantitative easing, also die Ausdehnung der Geldbasis, zu Spekulationsblasen führt, wenn es nicht gelingt, die Inflation wieder auf etwa zwei Prozent anzuheben, und wenn nicht über Lohnsteigerungen entsprechende Kaufkraft, also effektive Nachfrage, geschaffen wird.

Als Folge all dieser Entwicklungen stellte sich auf der politischen Ebene eine zunehmende EU-Skepsis ein, die von rechten Parteien – verbunden mit einer xenophoben Debatte über die ungebrochene Zuwanderung – effizient bewirtschaftet wird. Diese Skepsis und unterschiedlichste Vorbehalte gegen ein transnationales Projekt unter deutscher Dominanz führten zur stärkeren Betonung nationaler Eigenheiten und damit zu einer spezifischen Re-Nationalisierungstendenz. Die Eliten müssten sich daher wohl zu Reformen genötigt fühlen, doch dem me-



diokren politischen Führungspersonal fehlt es an zugkräftigen und breit akzeptierten Ideen. Auch keynesianische Vorstellungen scheinen dem nur leicht durchlöchernten Austeritätsdiktat nach wie vor zu unterliegen. Die neuerliche Etablierung einer hegemonialen Konstellation gestaltet sich daher sehr schwierig. Daran dürfte sich kaum etwas ändern, auch wenn in den Herbstwahlen die konservativen Regierungen in Spanien und Portugal mit einiger Wahrscheinlichkeit durch sozialdemokratische abgelöst werden. Allenfalls könnten die erkennbaren Differenzen zwischen den nationalen Regierungen in Europa erhöhte Relevanz erhalten.

Aktionsprogramm und Ausgestaltung der Föderativen Republik

Angesichts der globalen Vielfachkrise und der Verschärfung der politischen, ökonomischen, sozialen und ökologischen Widersprüche in Europa geht es jedoch um mehr als keynesianische Stabilisierung und Wachstumsankurbelung oder um zaghafte Re-Regulierung. Anstehend ist die Transformation Europas über den Kapitalismus hinaus, mithin die Abschaffung der kapitalistischen Despotie. Dies ist zweifellos kein theoretischer Akt, auch wenn der materialistische Theoriefundus einiges an Hilfestellung bietet. Alternative Vorstellungen haben eine hegemoniale Position zu erreichen, Kräfteverhältnisse auf staatlichen Ebenen müssen sich tiefgreifend verschieben und nicht zuletzt sind Zwangs- und Gewaltverhältnisse zu überwinden.

Beginnen wir aber mit der Ökologie. Der europäische Verbrauch an Energie und Ressourcen sowie die mit der Produktion verkuppelten Emissionen und Abfälle werden auch wissenschaftlich als untragbar erachtet. Nötig sind entscheidende Veränderungen, also eine umfassende Energiewende und eine massive Reduktion des Ausstosses von Treibhausgasen. 2000 Watt Leistung, das heisst 48 Kilowattstunden pro Tag und Person, sowie zwei Prozent Temperaturanstieg und eine Tonne CO₂-Äquivalent pro Person und Jahr sind nicht Orientierungsgrössen, sondern Maximalwerte, die bei der Energie schnell und in Abhängigkeit vom Einsatz erneuerbarer Energien realisiert und längerfristig unterschritten werden sollten. Beim Temperaturanstieg ist umgehend alles zu unternehmen, dass dieser Wert nicht erreicht wird, mithin ist auch der Ausstoss an CO₂ und anderen Treibhausgasen massiv und stetig zu reduzieren.

In Europa besteht die Chance, einen globalen Beitrag zu leisten, Anstrengungen auf lokaler und regionaler Ebene genügen hingegen nicht. Das Konsummodell bedarf einer Reduktion der Verschwendung und



des Verschleisses (Kreiss), folglich eines Anstiegs der Nachhaltigkeit und Langlebigkeit. Die Nahrungsmittelproduktion muss vorwiegend regional ausgerichtet, ihr industrieller Teil eliminiert und durch agrarökologische Konzepte ersetzt werden. Maximale Biodiversität sowie hochstehende Wasser- und Bodenqualität müssen garantiert sein. Intendiert ist insgesamt eine ökologische Revolution (Foster) mit einer neuen, mehrfach gestuften und integrierten Kreislaufökonomie.

Diese ökologischen Gesichtspunkte bilden nur eine, jedoch eine ausserordentlich wichtige Dimension der Transformationsstrategie. Daneben sind vielfältige Reformen notwendig, die in einem eigentlichen Aktionsprogramm zu bündeln sind (ausführlicher das Manifest von Roth/Papadimitriou und Herzog). Entscheidende Reformen sind bei den Geschlechterverhältnissen und in der sozialen Sicherheit notwendig; der gesellschaftliche Reichtum muss rückverteilt werden, die öffentlichen Güter bedürfen einer Wiederaneignung, Wohnen muss zu Kostenmieten möglich sein (die Grundrente ist abzuschaffen), die Kapitalflucht gilt es zu verhindern und die Investitionen sind zu vergesellschaften. Unabdingbar sind dabei schnelle Angleichungen auf europäischer Ebene bei den Arbeitsbedingungen, Arbeitszeiten und Löhnen; binneneuropäische Ungleichgewichte müssen reduziert und das aktuelle Grenzregime liquidiert werden. Natürlich bedürfen auch die Probleme mit dem Euro nach einer Lösung. Er muss zu einer vollwertigen und souveränen Währung werden, wobei als Grundbedingung die Demokratisierung der Zentralbank (vgl. Baumann/Herzog) sicherzustellen ist.

Angesichts von »regional spaces« (Harvey) mit regionalen Verschiedenartigkeiten und eingedenk des vorhandenen Transnationalisierungsniveaus bilden die Vereinigten Staaten von Europa für die radikale Linke auf der politisch-strukturellen Ebene keine Perspektive. Das gilt auch für den Vorschlag aus dem Kreis der deutschen Grünen, den schweizerischen Bundesstaat auf europäischer Ebene nachzubilden (vgl. Fischer). Vielmehr müssten die europäischen Nationalstaaten in eine föderative Republik aufgelöst werden, also anstatt eines Bundesstaates ein republikanischer Föderalismus mit Transformationsstrategie. Nur auf diese Weise lässt sich der Heterogenität Europas in progressiver Weise entsprechen.

Diese Föderative Republik Europa umfasst vier Ebenen: Kommunen/Kommunalverbände, Kantone, Regionen und die Föderation. Das Schwergewicht hat wieder bei den Kommunen zu liegen. Dennoch ist es entscheidend, dass diese Veränderungen sowohl von der kommunalen als auch der föderativen Ebene her realisiert werden. Von »unten« sind es die sozialen Bewegungen, die Transformationsprozesse bewirken



und Wirtschaftsdemokratie vor Ort verwirklichen. Als politisches Handlungsfeld muss auf der Ebene der Föderation dafür gesorgt werden, dass die vielfältigen, europaweiten Unterschiede ausgeglichen werden und die Föderation nach aussen vertreten wird. Die Föderation fungiert zugleich als Klammer aller Transformationsprozesse, und die Politik der europäischen Zentralbank (die heutigen Nationalbanken werden Schritt für Schritt aufgelöst) ist diesen untergeordnet und sichert sie ab (Roth/Papadimitriou). Dabei sollte ihr neben der Geldpolitik auch die Verantwortung und Überwachung über die Treibhausgas-Emissionen (vgl. Aglietta), die Vollbeschäftigung (vgl. Wray) sowie eine sinnvolle Investitionsstrategie zukommen.

Prioritäre Bedeutung erhält natürlich die Zuordnung monetärer Ressourcen im Gefolge von Steuern. Für Kommunen und Kommunalverbände wären gemäss Roth/Papadimitriou (S. 113) etwa 40 Prozent vorzusehen, für Kantone 25 Prozent, für Regionen 20 Prozent und für die Föderation die restlichen 15 Prozent. Damit ist auch garantiert, dass das politisch-ökonomische Gravitationszentrum auf der untersten Ebene liegt, unterschiedliche lokale Vorstellungen aber durchaus nebeneinander bestehen können, wenn sie demokratisch legitimiert sind. Auf der kommunalen Ebene sind die direkt-demokratischen Elemente am einfachsten umzusetzen. Vollversammlungen und gewählte Räte sind die Instrumente. Auf den oberen Ebenen sollte mit einem dualen System fortgefahren werden, indem die jeweils untere Ebene die Hälfte der Repräsentation delegiert und die andere Hälfte in einem allgemeinen Wahlprozess bestimmt wird. Konsequenterweise stellen daher die Regionen eine Hälfte der Mitglieder im Föderationsparlament, die andere Hälfte ermittelt sich mit einem Wahlmodus über die gesamte Föderation. Referenden und Initiativen auf den verschiedenen Ebenen ermöglichen zusätzliche direkt-demokratische Einflussnahmen und Entscheidungen. Dieses Konzept dürfte deutlich über die Vorstellungen eines Gemeinwesens mittlerer Grösse bei Rousseau und Althusius (vgl. Hüglin) oder über diejenigen der historischen Föderalisten und Funktionalisten hinausreichen. Grundsätzlich handelt es sich um die Herausbildung eines neuen Gemeinwesens, einer »wahrhaft demokratischen Gesellschaft« (Hardt/Negri, S. 120).

Im Zentrum stehen ökonomische Strukturen, die von den Betroffenen kontrolliert werden. Auf der politischen Ebene sind es gewählte Räte, die sich wiederum für Exekutivausschüsse mit einem klaren Mandat und einer befristeten Amtsdauer aussprechen. Die Deformationen der repräsentativen Demokratie mit einer getrennten Politikerkaste (Jones) werden auf diese Weise rückgängig gemacht. Der heutige, mehr oder we-



niger autoritäre Exekutivstaat, der auch die Vereinigten Staaten von Amerika auszeichnet, würde auf diese Weise abgelöst und verunmöglicht, und zwar zugunsten einer dezentralen, aber dennoch engmaschig verbundenen, sozialen und mit einem Höchstmass an faktischer Demokratie versehenen Gesellschaftsstruktur.

Damit ist ein embryonaler Plattformvorschlag für eine radikale europäische Linke vorhanden. Mit diesem soll nicht dogmatisch umgegangen werden; vielmehr muss er weiter konkretisiert, den jeweiligen Umständen angepasst und entwickelt werden. Zu hoffen ist aber, dass die wichtigsten Fragen gestellt und die zentralen Elemente angesprochen sind.

Umsetzung: Das Beispiel Griechenland

Von einem gradlinigen Umsetzungsprozess lässt sich in keinem Fall ausgehen. Nicht nur weitere Diskussionen und Erfahrungen sind einzubeziehen, sondern auch Rückschläge immer wieder in Kauf zu nehmen und zu verarbeiten. Als aktueller Fall kann Griechenland herangezogen werden.

Der griechische Bipartidismus ist vollständig diskreditiert. Die WählerInnen wollten einen politischen Neubeginn und eine Alternative zur nachweislich gescheiterten, von der Troika aufgezwungenen Austeritätspolitik. Die Syriza unter Tsipras versprach diese Perspektive, verfügte jedoch nicht über den kleinsten finanziellen Spielraum und ist kläglich gescheitert. Die Verhandlungsstrategie mit den sogenannten Institutionen war von Beginn weg unklar und widersprüchlich. Zudem gab es keine relevanten europäischen Bündnispartner. Insbesondere wollten die sozialdemokratischen Parteien den neoliberalen Konsens nicht verlassen und spielten eine wirklich jämmerliche Rolle. Damit konnte sich Deutschland durchsetzen, und Griechenland wurde in ein Protektorat (aktuell auch für Strahm) verwandelt. Merkel berücksichtigte dabei durchaus Rahmenbedingungen für die nächsten innerdeutschen Wahlen, schielte aber auch auf die europäischen Mehrheitsverhältnisse. Trotz des klaren Ergebnisses ist die Zerbrechlichkeit des neoliberalen europäischen Projektes mehr denn je zum Ausdruck gekommen. Der Linken aber sollte unmissverständlich vermittelt werden, dass weiterhin keine Alternativen möglich sind, und wer andere Optionen vertreten wolle, habe mit einer vernichtenden Niederlage zu rechnen. Diese Demütigung hat der griechische Ministerpräsident erlitten. Er musste kapitulieren, und das aufbegehrende Abstimmungs-Nein im Referendum wurde zu einem Ja für andauernde Austerität und Privatisierungen. Gleichzeitig aber verstärkt sich die Gewissheit, dass die verordnete Medizin der



EU der Gesundheit des Patienten in keiner Weise förderlich ist. Nicht einmal die humanitäre Krise ist in Griechenland abgewendet. Widersprüche wurden einfach zugedeckt, es ging nicht um Ökonomie, sondern um reine Machtpolitik. Aber auch wenn die griechische Regierung eine Niederlage erlitten hat, sind die sozialen Bewegungen nicht geschlagen. Der Rückschlag wäre nur dann längerfristig gravierend, wenn die Solidarität der europäischen Linken und die dringend notwendigen Diskussionen und Analysen entfallen und an deren Stelle lediglich ein harmloser nationaler Linkspopulismus treten würde. Die europäischen Eliten aber haben die demokratischen Entscheide in den Wahlen und in der Referendumsabstimmung einmal mehr mit Füßen getreten. Für die Linke gilt es nun, daraus die Konsequenzen zu ziehen (einschliesslich des absehbaren Übergreifens auf weitere südeuropäische Staaten) und diesen Ausgangspunkt für die Erneuerung einer linken europäischen Bewegung fruchtbar zu machen.

Konklusion

Da davon auszugehen ist, dass in Europa wegen der multiplen Probleme mit dem Neoliberalismus und der lange dauernden Vielfachkrise eine latente Hegemoniekrise besteht, die sich in einer fortgesetzten Politik des ›Durchwurstelns‹ (muddling through) zeigt, werden vermehrt moralische und nationalistische Stereotypen angezapft. Hegemonie reduziert sich folglich auf Dominanz, die europäischen Eliten sind geschwächt, müssen ständig um ihren »Block an der Macht« (Poulantzas) ringen und fortlaufend gravierende Problemlagen bewältigen. Allerdings sind die in Deutschland entspringenden Absichten, Europa in eine Nord- und eine Süd-Sphäre aufzuteilen, ebenfalls nicht zu übersehen. Diese noch etwas unterschwellige Strömung könnte zu einer expliziten neuen politischen und ökonomische Phase auf dem ›alten‹ Kontinent führen. Dabei wäre beispielsweise in Bezug auf die Flüchtlingspolitik eine nochmals härtere Abschottung der Nordosphäre zu erwarten.

Demgegenüber besteht die Aufgabe sozialer Bewegungen und der mit ihnen verbundenen ›Parteien‹ darin, die Hegemoniekrise zu vertiefen, alternative politische und ökonomische Ansätze zu verbreitern und die europäische Diskussion auf ein neues Niveau zu heben. Das Ziel muss ein egalitäres und solidarische Europa sein (Roth/Papadimitriou, Herzog). Die Schweiz befindet sich mitten in Europa, weshalb auch die hiesige Linke in dieser Diskussion gefordert ist. Und selbstverständlich ist es nicht mit der Diskussion getan. Diese folgt und entwickelt sich in den jeweiligen sozialen Auseinandersetzungen und Kämpfen, die wohl meist noch eine lokale oder nationale Ausrichtung haben, jedoch vermehrt



darüber hinausweisen. Insbesondere besteht damit die Möglichkeit, eine transnationale Kräfteverschiebung zu realisieren, was zweifellos Auswirkungen auf die Verdichtung der materiellen Kräfteverhältnisse in den Regionen und den heutigen Nationalstaaten haben wird. Von daher sind die Entwicklungen bei Syriza oder Podemos, aber auch etwa bei den schottischen Nationalisten, höchst interessant und müssen genau verfolgt werden.

Die politisch-soziale Perspektive einer radikalen europäischen Linken richtet sich freilich auf die Auflösung der Nationalstaaten in die vier Stufen einer Föderativen Republik Europa bei hoher politischer Partizipation und umfassender Demokratisierung, mit einer möglichst kommunalen Produktion und Reproduktion, einem neuen Kommunalismus, einer ökologisch tragfähigen Kreislaufökonomie und einer effektiven Gleichheit von Männer und Frauen angesichts der vielfältigen Beziehungen unter den Geschlechtern.

Abschliessend steht die Frage im Raum, ob es nicht Sinn machen würde, eine linke europäische Assoziation oder eine neue Partei, mithin ein politisches Netzwerk zu bilden, damit ein Gefäss für inhaltliche Diskussionen vorhanden wäre und sich so auch dringend notwendige und staatenübergreifende politische Interventionen realisieren liessen. Klar dürfte ebenfalls sein, dass horizontale Verbindungen und Bündnisse umgesetzt werden müssen. Deren Ausrichtung könnte sich an den hier und anderweitig formulierten Eckwerten orientieren und diese breit diskutieren und voranbringen. Auch den Re-Nationalisierungstendenzen liesse sich auf diese Weise vermutlich besser Einhalt gebieten. Ausschlaggebend wären auf jeden Fall die engen Beziehungen dieser assoziierenden Struktur mit den Kämpfen der sozialen Bewegungen in den verschiedenen europäischen Regionen. Nötig ist allerdings der Bruch mit den traditionellen Parteien. Eine neue linke Bewegung mit Mitgliedern aus allen europäischen Ländern, eine europäische Internationale mit Transformationsgrundsätzen, klaren Inhalten und festgelegter Strategie wäre ein nächster Schritt.

Ein Aufbruch zu neuen Ufern ist angesichts der vielfältigen Krisen im heutigen Kapitalismus auf alle Fälle angesagt. Und nicht zuletzt geht es wegen der Krise der Repräsentation und wegen der Aushebelung demokratischer Verfahren um die Alternative Demokratie oder Kapitalismus!

Postskriptum

Bei der Auslieferung dieses Jahrbuches werden die Ergebnisse der Neuwahlen in Griechenland bekannt sein. Der Rücktritt von Tsipras führte



zu diesem neuerlichen Urnengang und zu einer Übergangsregierung unter Vasiliki Thanou, der Präsidentin des höchsten Gerichtshofes. Im Vorfeld dieser Wahlen kann natürlich trefflich spekuliert werden, und unterschiedlichste Überlegungen oder Beurteilungen sind vorhanden. Sie reichen von Verständnis bis zu Häme und Aburteilung. Gemäss Umfragen dürfte Syriza Wähleranteile verlieren und Nea Dimokratia könnte wieder stärkste Partei werden. Auch die Popularität von Tsipras hat bei der griechischen Bevölkerung stark gelitten. Vom Hoffnungsträger in Griechenland, aber auch für die Linke in Europa ist er zu einer eher problematischen politischen Figur geworden. Die Regierungsbildung verheisst wohl einiges an Spannung, denn Koalitionen dürften in allen Richtungen diskutiert werden. Politische Stabilität wird sich jedoch nicht einstellen und die extreme Vielfachkrise kann nicht bewältigt werden. Zu hoffen ist, dass mit den Neuwahlen die griechische Tragödie nicht endgültig zur Farce wird.

Literatur

- Acosta, Alberto: *Buen Vivir. Vom Recht auf ein gutes Leben*. München, 2015.
- Anderson, Benedict: *Die Erfindung der Nation. Zur Karriere eines folgenreichen Konzepts*. Berlin, 1998.
- Aglietta, Michel: *Sortir de la crise et inventer l'avenir*. Paris, 2014.
- Aglietta, Michel; Coudert, Virginie: *Le dollar et le système monétaire international*. Paris, 2014.
- Baumann, Hans; Herzog, Roland: *Demokratisierung von Zentralbanken. Denknetz-Diskussion*. Zürich, 2015.



- Blickle, Peter: Kommunalismus (2 Bände). München, 2000.
- Blyth, Mark: Austerity. The history of a dangerous idea. Oxford. New York, 2013.
- Delors, Jacques (1989): On economic and monetary union in the European Community, 1989. www.aei.pitt.edu/1007/1/monetary-delors.pdf, abgefragt 20.7.2015.
- Deppe, Frank: Autoritärer Kapitalismus. Demokratie auf dem Prüfstand. Hamburg, 2013.
- Deppe, Frank: imperialer realismus? Hamburg, 2014.
- Fischer, Joschka: Scheitert Europa? Köln, 2014.
- Flütsch, Andreas: Euroraum soll eigene Steuer erhalten. In: Sonntagszeitung vom 26.7.2015.
- Foster, John Bellamy: Die ökologische Revolution. Hamburg, 2013.
- Grams, Florian: Die Pariser Kommune. Köln, 2014.
- Gramsci, Antonio: Gefängnishefte Band 4, Hefte 6–7. Berlin, 1992.
- Hardt, Michael; Negri, Antonio: Demokratie! Wofür wir kämpfen. Frankfurt, New York, 2013.
- Harvey, David: Der ›neue‹ Imperialismus: Akkumulation durch Enteignung. In: Supplement Zeitschrift Sozialismus 5. Hamburg, 2003.
- Harvey, David: Spaces of Global Capitalism. New York, London, 2006.
- Harvey, David: Siebzehn Widersprüche und das Ende des Kapitalismus. Berlin, 2015.
- Herzog, Roland: Für ein solidarisches und egalitäres Europa. Aufruf und Aktionsprogramm. In: Widerspruch 65/2014. Zürich.
- Hirsch, Joachim: Materialistische Staatstheorie. Hamburg, 2005.
- Hirsch, Joachim: Radikaler Reformismus: zur Rolle des Staates in gesellschaftlichen Emanzipationsprozessen. In: Zelik, Raul; Tauss, Aaron: Andere mögliche Welten? Hamburg, 2013.
- Hertensteiner Programm (1946): www.europa.ch/Files/pdf/hertensteiner%20programm_de.pdf (abgefragt 15.6.2015).
- Holenstein, André: Mitten in Europa. Baden, 2015.
- Hüglin, Thomas O.: Sozietales Föderalismus. Die politische Theorie des Johannes Althusius. Berlin, 1991.
- Jessop, Bob: Kritik. Staat. Emanzipation. In: Martin et al.: Perspektiven und Konstellationen kritischer Theorie. Münster, 2015.
- Jones, Owen: El Establishment. La casta al desnudo. Barcelona, 2015.
- Kreiss, Christian: Geplanter Verschleiss. Wien, Berlin, München, 2014.
- Löffler, Marion: Feministische Staatstheorien. Frankfurt, New York, 2011.
- Lutz, Burkart: Der kurze Traum immerwährender Prosperität. Frankfurt a.M., 1989.
- Marx, Karl; Engels, Friedrich: Manifest der Kommunistischen Partei. In: MEW 4. Berlin, 1848/1974.
- Marx, Karl: Das Kapital 1.1 Resultate des unmittelbaren Produktionsprozesses. Berlin, 1863–65/2009.
- Marx, Karl: Der Bürgerkrieg in Frankreich. In: MEW 17. Berlin, 1871/1975.
- Mundell Robert: A theory of optimum currency areas. In: The American Economic Review, Vol. 51, No. 4/1961, Pittsburgh.
- Pauen, Michael; Welzer, Harald: Autonomie. Eine Verteidigung. Frankfurt a.M., 2015.
- Poulantzas, Nico: Staatstheorie. Politischer Überbau, Ideologie, autoritärer Etatismus. Hamburg, 1978/2002.
- Reinhard, Wolfgang: Geschichte der Staatsgewalt. München, 2002.
- Roth, Karl Heinz; Papadimitriou, Zissis: Die Katastrophe verhindern. Manifest für ein egalitäres Europa. Hamburg, 2013.
- Spinelli, Altiero; Rossi, Ernesto: Il Manifesto di Ventotene. Ventotene, 1941/1994.
- Strahm, Rudolf: Griechenland ist jetzt ein Protektorat der EU. In: Der Bund vom 21.7.2015. Bern.
- Thompson, Edward Palmer: The making of the english working class. Harmondsworth, 1975.
- Vobruba, Georg: Der postnationale Raum: Transformation von Souveränität und Grenzen in Europa. Weinheim, 2012.
- Weber Max: Politik als Beruf. München und Leipzig, 1919. (Wikiquote, Abfrage 31.7.2015)
- Wirsching, Andreas: Demokratie und Globalisierung. Europa seit 1989. München, 2015.
- Wray, Randall L.: Modern money theory. New York, 2012.
- www.egalitarian-europe.com mit diversen Unterlagen und auch einem Glossar für das Manifest.